

Amnesty International geißelt deutsche Abschiebe-F

Organisation kritisiert in Jahresbericht die Ausweisung von Ausländern in Folterstaaten / Weltweit einige Fortsch

Von Daniel Brössler

Berlin – Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International (AI) prangert den Umgang Deutschlands mit terrorverdächtigen Ausländern an. „Es ist enttäuschend, dass die deutschen Politiker immer noch nicht erkannt haben, dass man absolut nicht in Folterstaaten abschieben darf“, sagte die Generalsekretärin der deutschen AI-Sektion, Monika Lücke, am Mittwoch bei der Vorstellung des Jahresberichtes der Organisation in Berlin. „Die Regierung setzte Personen der Gefahr schwerer Menschenrechtsverletzungen aus und untergrub das absolute Folterverbot, da sie sich bei geplanten Abschiebungen nach wie vor auf ‚diplomatische Zusicherungen‘ verließ“, heißt es in dem Bericht.

Terrorverdächtige können nach einer im Oktober in Kraft getretenen Verwaltungsvorschrift auch dann in ihre Herkunftsländer abgeschoben werden, wenn dort gefoltert wird. Verlangt werden von der Bundesrepublik „diplomatische Zusicherungen“, die Folter oder andere unmenschliche Behandlung des Verdächtigen ausschließen. Solche Zusicherungen seien unzuverlässig und stellten „keinen wirksamen Schutz vor Folter“ dar, bemängelt Amnesty International. Das Folterverbot müsse zudem von der Bundes-

wehr in Afghanistan beachtet werden, forderte Lücke. „Auch die Bundeswehr darf nicht über den Menschenrechten stehen.“ Die Bundeswehr dürfe keine Gefangenen an die afghanischen Behörden überstellen, da in afghanischen Gefängnissen regelmäßig gefoltert werde.

Positiv bewertet die Menschenrechtsorganisation die von Deutschland signalisierte Bereitschaft, unschuldige Häftlinge aus dem US-Gefangenenlager Guantanamo aufzunehmen. „Endlich scheinen jetzt den Worten Taten zu folgen“, sagte Lücke. Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) prüft derzeit auf Bitten der USA die Aufnahme dreier Guantanamo-Häftlinge. Offenbar ist er – auch gegen Widerstand aus der Unionsfraktion im Bundestag – gewillt, der Bitte zu entsprechen. Sein Vorgänger Wolfgang Schäuble (CDU) hatte ähnliche Ersuchen der USA skeptisch beurteilt.

International sieht AI Fortschritte im Kampf für die Menschenrechte. Als „wegweisend“ bezeichnete Lücke den Haftbefehl gegen den sudanesischen Präsidenten Omar al-Baschir. Im März 2009 hatte der Internationale Strafgerichtshof einen Haftbefehl gegen al-Baschir wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit erlassen. Als Sieger einer Wahl im April soll er an diesem Donnerstag vereidigt werden. Der Zere-



Als Erfolg für die Menschenrechte wertet AI den Haftbefehl des Internationalen Strafgerichtshofs gegen Sudans Präsidenten Omar al-Baschir. Foto: dpa

-Praxis

Schritte bei Menschenrechten



monie werde voraussichtlich ein Vertreter der deutschen Botschaft in Khartum beiwohnen, sagte ein Sprecher des Auswärtigen Amtes. Man müsse zwischen dem Haftbefehl des Strafgerichtshofes sowie der jüngsten Wahl unterscheiden und zu einer „differenzierten Bewertung“ kommen. „Es ist beschämend und eine Verhöhnung der Opfer, wenn die Bundesregierung, die den Internationalen Strafgerichtshof unterstützt, einen Diplomaten zur Amtseinführung eines mutmaßlichen Kriegsverbrechers wie Baschir schickt“, kritisierte die Direktorin des Deutschland-Büros von Human Rights Watch, Marianne Heuwagen.

Als Beispiel für die – trotz einiger Fortschritte – international nach wie vor schlechte Menschenrechtssituation hebt AI unter anderem Russland hervor. Auch unter Präsident Dmitrij Medwedjew sei die Lage „verheerend“, sagte Lücke. Es herrsche ein „Klima der Straflosigkeit“, dass bei Angriffen gegen Menschenrechtler, Rechtsanwälte und Journalisten die Täter schütze, heißt es im Bericht. Angesichts der bevorstehenden Fußball-Weltmeisterschaft wies Monika Lücke auf die Gewalt gegen Frauen in Südafrika und deren massive Gefährdung durch Aids hin. „Der südafrikanische Staat tut einfach nicht genug, um die Frauen zu schützen“, sagte sie.

alen
dpa